Forum

Arvid Kerschnitzki / Prof. Dr. Daniel Wolff, LL.M. (Yale)*

Die deutsche Unrechtsvergangenheit in der Lehre des Rechts – Stand und Optionen der Umsetzung von § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG

<https://doi.org/10.1515/jjzg-2024-0003>

A) Einführung

Die Integration der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur in die juristische Ausbildung hat eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Während die Stoßrichtung des Gesetzgebers bei der Novellierung von § 5a DRiG¹ überwiegend begrüßt wurde, ist zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Gesetzesänderung weiterhin unklar, wie die Implementierung der neuen Rechtslage konkret aussehen kann und soll. Während einige juristische Fakultäten und Fachbereiche erste spezifische Lehrangebote geschaffen haben, finden sich in den Studienplänen etlicher anderer Hochschulen, die eine Vorbereitung auf die Erste Juristische Prüfung im Sinne des § 5 DRiG anbieten², kaum oder überhaupt keine Anpassungen des Lehrangebots³. Im Folgenden werden nach einer knappen Skizze der Reformdiskussion (B.) nicht nur die bisherige Umsetzungspraxis, sondern auch die denkbaren Umsetzungsoptionen dargestellt und diskutiert, wobei für ein an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg bereits erprobtes Kombinationsmodell bestehend aus Vortragsreihe und damit verknüpftem Seminar

1 Durch das Gesetz zur Modernisierung des notariellen Berufsrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25.6.2021 (BGBl I, 2154).

2 Im Folgenden wird aus Vereinfachungsgründen einheitlich von juristischen Fakultäten gesprochen.

3 Die betreffenden Fakultäten versuchen mutmaßlich, die neue gesetzliche Vorgabe – wie vom Gesetzgeber intendiert – in die dogmatischen Vorlesungen zu integrieren; siehe zur gesetzgeberischen Intention noch unter C).

*Kontaktpersonen: Arvid Kerschnitzki / Prof. Dr. Daniel Wolff, LL.M. (Yale), letzterer ist Inhaber der Juniorprofessur für Öffentliches Recht an der Universität Augsburg, an der Arvid Kerschnitzki als studentische Hilfskraft tätig ist.

geworben wird (C.)⁴. Der Beitrag schließt mit der Zusammenfassung der Ergebnisse (D.).

B) Skizze der Diskussion über die jüngste Reform des DRiG

Angestoßen durch das Projekt „Rosenburg“, das sich mit den personellen Kontinuitäten im Bundesministerium der Justiz zwischen der NS-Diktatur und der Bundesrepublik beschäftigte⁵, bekundete im Jahr 2017 der damalige Bundesjustizminister *Heiko Maas* die Absicht, die Auseinandersetzung mit dem Justizunrecht des 20. Jahrhunderts in die Juristenausbildung zu integrieren⁶. Anfang 2021 wurde das Thema von der dann amtierenden Bundesjustizministerin *Christine Lambrecht* wieder aufgegriffen, die öffentlich kritisierte, dass in juristischen Pflichtveranstaltungen eine „Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht“ kaum stattfindet⁷. Die in Rechtspraxis und Rechtswissenschaft geführte Diskussion über das Für und Wider einer Integration sowohl des NS- als auch des SED-Unrechts⁸ in den

4 Diese Veranstaltung hat der Autor Wolff gemeinsam mit Prof. Dr. Phillip Hellwege, M.Jur. (Oxford) und Prof. Dr. Arnd Koch zum ersten Mal im Sommersemester 2023 an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg durchgeführt.

5 Vgl. *Görtemaker / Safferling*, Die Akte Rosenberg, 2016.

6 Siehe BMJV, Pressemitteilung vom 4.7.2017. Die „Verschweigungen und Verdrängungen“ des NS-Unrechts durch die juristischen Fakultäten hatte zuvor insbesondere *Bernd Rüthers* (etwa in: Hermann et al. [Hrsg.], Nationalsozialismus und Recht, 2018, S. 11, 27) kritisiert.

7 *Lambrecht*, FAZ.NET, 27.1.2021.

8 Nachdem der ursprüngliche Gesetzesentwurf nur das „nationalsozialistische Unrecht“ als neuen Ausbildungsgegenstand nannte (vgl. BT-Drucksache 19/26828, 248), erweiterte die finale Fassung nach Kritik diverser Organisationen, wie der Neuen Richtervereinigung (vgl. Stellungnahme der Neuen Richtervereinigung zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Änderung des § 5a Deutsches Richterrecht (DRiG) Implementierung des Themas NS-Unrecht in die juristische Ausbildung vom 16.2.2021) und

Prüfungsstoff wurde intensiv geführt und dies auch noch nach Inkrafttreten des neuen § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG am 1. Januar 2022. In der Debatte stand von Anfang an außer Frage, dass es für angehende Juristen hilfreich ist, sich für die Einübung einer rechtsstaatlichen Haltung (auch) mit dem NS-Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur auseinanderzusetzen⁹. Ob die konkrete Novellierung des DRiG allerdings das richtige Instrument ist, um besagte Auseinandersetzung zu gewährleisten, war und ist bis heute umstritten¹⁰.

Nach der Konzeption des Gesetzgebers hat die neue Regelung konkret zum Ziel, künftigen Juristen von Beginn an ihre Verantwortung für einen funktionierenden Rechtsstaat zu vermitteln¹¹. Sie sollten „(...) nicht nur das positive Recht handwerklich korrekt umsetzen können, sondern eine rechtsstaatliche Haltung entfalten (...)“¹². Befürworter der Novellierung sehen hierin den Beginn einer zu begrüßenden Institutionalisierung von Erinnerungskultur und Widerständigkeit der deutschen Juristerei¹³ und damit einer „größeren ideellen Reform der Rechtslehre“¹⁴. Die Konfrontation mit dem Unrecht solle Studierenden unter anderem ein vertieftes Verständnis der Bedeutung juristischer Methodenlehre vermitteln¹⁵. Auch soll sie dazu beitragen, mündige und verantwortungsvolle Juristen auszubilden¹⁶, die sich der „typischen Gefährdungslagen der jeweiligen juristischen Tätigkeit“ bewusst sind¹⁷. Die Reform weise die richtige Stoßrichtung auf, wirke sie doch effektiv auf ein Selbstverständnis hin, „das Rechtsstaat und Demokratie verpflichtet ist und Jurist/innen befähigt, eine (...) sensible Wahrnehmung für Unrecht zu entwickeln (...)“¹⁸.

der Bundesstiftung Aufarbeitung, die Thematik auf das „nationalsozialistische Unrecht und das Unrecht der SED-Diktatur“.

⁹ Siehe etwa *Lege*, FAZ Einspruch v. 7.6.2018; *Ludyga*, ZDRW 2019, 16, 17; *Schorkopf*, FAZ v. 11.2.2021.

¹⁰ Kritisch etwa *Funke*, NJW 2018, 1930, 1930; *Lahusen*, Myops 32 (2018), 41, 47 ff.; *Funke / Beck*, RuP 2022, 365, 374; *Kühli*, in: Festschrift für Hans-Heinrich Trute zum 70. Geburtstag, 2023, 265, 276; skeptisch auch *Heintzen*, in: Nettersheim / Kiesel (Hrsg.), Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit, 2021, 275, 289.

¹¹ Vgl. BT-Drucksache 19/26828, 249; Stellungnahme des Bundesrates, Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des notariellen Berufsrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften, 15.

¹² BT-Drucksache 19/26828, 249.

¹³ So etwa *Novid*, ZDRW 2022, 279, 283. Zur „Erinnerungskultur“ der deutschen Rechtswissenschaft siehe *Rüthers*, NJW 2016, 1068, 1069 f.

¹⁴ *Novid*, ZDRW 2022, 279, 288.

¹⁵ Die juristische Methodenlehre als „Garant des Rechtsstaats und Einfallstor für dessen Gefährdung“ bezeichnet *Harbarth*, FAZ Einspruch v. 26.1.2022.

¹⁶ Vgl. (auch zu den Schwierigkeit der Umsetzung im Detail) *Gusy*, ZDRW 2019, 1, 5, 13 f.

¹⁷ *Bleckmann*, ZDRW 2019, 76, 83.

¹⁸ *Foljanty*, Anwaltsblatt 2017, 1158, 1160.

Kritiker der bisweilen als Akt symbolischer Gesetzgebung titulierten Novellierung des DRiG¹⁹ führen ihrerseits an, dass Studierende nicht allein durch die Vermittlung von Wissensbeständen über das Justizunrecht sensibilisiert werden könnten. Überdies sei es widersprüchlich, das Ziel, Juristen zu eigenständigem Denken und Entscheiden zu befähigen, dadurch erreichen zu wollen, ihnen vorzugeben, was sie zu denken haben²⁰. Die Vermittlung von Wissen über das Unrecht der deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sei „mit einer starken normativen Aufladung im Geiste einer moralischen Vorverurteilung verbunden“. In der Folge drohe der Unterricht in der Ausbildungspraxis allzu schnell „doktrinär und ideologisch“ zu werden²¹. Statt reflektierender Distanz könne auf diese Weise bei den Studierenden nur der Sache abträgliche Empörung hervorgerufen werden²². Letztlich sei die Novellierung zudem überflüssig, da das Justizunrecht des 20. Jahrhunderts schon vielfältig in der juristischen Ausbildung behandelt werde, nicht zuletzt in den dogmatischen Fächern²³.

Um das Ziel der Ausbildung eines widerstandsfähigen Juristenstands zu erreichen, wird alternativ vorgeschlagen, die etablierten Grundlagenfächer zu stärken²⁴, vermittelten diese doch schon bislang die hierfür notwendige Reflexionsfähigkeit²⁵. In der Folge könne die DRiG-Reform als Infragestellung von Rolle und Bedeutung der Grundlagenfächer verstanden werden²⁶. Auch wenn diese Kritikpunkte ihre Berechtigung haben, rechtfertigen sie eine pauschale

¹⁹ So etwa *Funke / Beck*, RuP 2022, 365, 376; siehe ferner *Lege*, FAZ Einspruch v. 7.6.2018; so schließlich auch *Bleckmann*, ZDRW 2019, 76, 79 f., der dies aber nicht als kritikwürdig ansieht.

²⁰ So *Funke / Beck*, RuP 2022, 365, 374.

²¹ *Funke*, NJW 2018, 1930, 1933.

²² So *Funke*, NJW 2018, 1930, 1933; ähnlich auch *Lege*, FAZ Einspruch v. 7.6.2018; siehe auch *Schmidt-Jortzig*, in: Nettersheim / Kiesel (Hrsg.), Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit, 2021, 247, 253 f.; kritisch hierzu *Bleckmann*, ZDRW 2019, 76, 81 f. Siehe zu diesem Risiko und zum Umgang damit auch *Gusy*, ZDRW 2019, 1, 5.

²³ So *Lege*, FAZ Einspruch v. 7.6.2018; ähnlich auch *Lahusen*, Myops 32 (2018), 41, 47 f.; a. A. *Bleckmann*, ZDRW 2019, 76, 78 f.

²⁴ So etwa *Ludyga*, ZDRW 2019, 16, 21 f.; *Hirsch*, GRZ 2023, 1, 7 f.; siehe auch *Kalteborn*, GRZ 2023, 30, 35. Siehe dazu auch den Bericht des Wissenschaftsrats, der in seinem Gutachten zur Rechtswissenschaft im Jahr 2012 nachdrücklich anregte, die Grundlagenfächer zu stärken (vgl. Wissenschaftsrat, Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland. Situation, Analysen, Empfehlungen, 2012). Noch auf eine in diese Richtung gehende Reform hoffend *Duve*, FAZ Einspruch v. 7.6.2018.

²⁵ Teilweise wird auch dafür plädiert in Umsetzung der DRiG-Reform ein neues Grundlagenfach einzurichten; so etwa *Schuch*, Forum Recht 2021, 73, 74 f.; siehe für konkrete Ideen *Werle / Vormbaum*, JZ 2021, 1163, 1164 f.; kritisch demgegenüber zu Recht *Baldus*, RW 2021, 273, 279 ff., u. a. da dieser Vorschlag letztlich zulasten der anderen Grundlagenfächer gehen würde; ähnlich *Berkemann*, ZDRW 2019, 85, 103 ff.

²⁶ *Funke*, NJW 2018, 1930, 1931; *Funke / Beck*, RuP 2022, 365, 374 f.

Ablehnung des neuen § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG nicht. Vielmehr gilt es diese Einwände beim Versuch einer bestmöglichen Implementierung der neuen gesetzlichen Vorgaben angemessen zu berücksichtigen.

C) Umsetzung: Praxis, Optionen und Argumente

Die Vorgaben des § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG sind nach § 5a Abs. 4 DRiG durch die Landesgesetzgeber zu konkretisieren. Auch wenn die neuen bundesrechtlichen Vorgaben unmittelbare Befolgung verlangen, wurden knapp zwei Jahre nach der Reform nur in den juristischen Ausbildungsordnungen Hamburgs, Hessens, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und des Saarlands entsprechende Anpassungen vorgenommen²⁷. Konkretisierungen der bundesgesetzlichen Vorgaben sucht man aber auch hier vergebens. Vielmehr erschöpfen sich die Anpassungen in der (fast) wörtlichen Übernahme des DRiG²⁸.

Damit bleibt es den juristischen Fachbereichen und Fakultäten und letztlich den Lehrenden überlassen, die neuen Vorgaben umzusetzen, wobei ihnen dafür weder Leitlinien noch Handlungsempfehlung zur Verfügung stehen²⁹. Seit dem Inkrafttreten der DRiG-Reform finden sich in den Vorlesungsverzeichnissen der Juristischen Fakultäten (Sommersemester 2022 bis Wintersemester 2023/24) 75 Lehrveranstaltungen, die sowohl einen rechtshistorischen Schwerpunkt als auch einen deutlichen Bezug zur deutschen Unrechtshistorie des 20. Jahrhunderts aufwei-

²⁷ Vgl. § 1 Abs. 2 S. 3 HmbJAG; § 6 Abs. 1 S. 3 JAG Hessen; § 3 Abs. 2 Hs. 2 NJAG; § 7 Abs. 2 S. 2 JAG NRW; § 8 Abs. 3 S. 2 JAG Saarland (Stand der Erhebung: November 2022).

²⁸ Eine Ausnahme stellt insoweit Nordrhein-Westfalen dar. Nach § 7 Abs. 2 S. 2 JAG NRW ist „im gesamten Studium (...) gerade vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Unrechts die Fähigkeit zur kritischen Reflexion des Rechts einschließlich seines Missbrauchspotentials zu fördern.“ Abweichend vom Wortlaut wird hier somit auf die Nennung des SED-Unrechts verzichtet und explizit das Missbrauchspotential des Rechts erwähnt. Eine praktikable Konkretisierung sucht man aber auch hier vergebens.

²⁹ Die mangelnde Bestimmtheit der Umsetzung im Lehrbetrieb kritisiert etwa *Kuhli*, in: Festschrift für Hans-Heinrich Trute zum 70. Geburtstag, 2023, 265, 276; siehe auch *Lege*, FAZ Einspruch v. 7.6.2018. Am 30./31.1.2023 trafen sich die für die Juristenausbildung zuständigen Vertreter der Landesjustizministerien auf Einladung des Bundesministeriums der Justiz, um sich über Umsetzungsoptionen für § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG auszutauschen. Die Ergebnisse dieses Treffens sind wenig konkret und für die Diskussion weitgehend unergiebig; der Bericht über die Tagung ist nur auf Anfrage beim BMJ, jedoch nicht öffentlich einsehbar (Stand 13.9.2023).

sen³⁰. Bei 34 dieser Veranstaltungen handelt es sich freilich um Schwerpunktveranstaltungen, die zwar eine wertvolle Vertiefungsmöglichkeit für besonders interessierte Studierende bieten, allerdings von vornherein nicht die breite Masse der Studierenden erreichen. Die übrigen 41 Veranstaltungen³¹ verteilen sich auf 21 und damit auf die Hälfte der Juristischen Fakultäten, wobei davon wiederum knapp die Hälfte (neun) Fakultäten im Untersuchungszeitraum lediglich ein einziges Mal eine derartige Veranstaltung im Lehrplan ausführten. 18 der ausgewerteten Fakultäten boten somit keine einschlägigen, über das Schwerpunktreichsstudium hinausgehenden, Veranstaltungen an³².

Die Auswertung zeigt damit: Eine flächendeckende sowie nachhaltige Implementierung der DRiG-Reform ist bislang noch nicht gelungen³³. Zu vermuten ist allerdings, dass etliche Lehrende an vielen Hochschulstandorten durchaus versuchen, die „neue“ Thematik – wie vom Gesetzgeber in § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG gewünscht – in die dogmatischen Lehrveranstaltungen zu den Pflichtfächern zu integrieren³⁴. Gelingt dies, stellen sich gleich zwei Erfolge ein. Die Kenntnis historischer Hintergründe führt einerseits zu einem vertieften Verständnis des gegenwärtigen Rechts. Andererseits wird das (Un-)Recht der deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts für die Studierenden durch die rechtsdogmatische Reflexion besonders plastisch und einprägsam aufbereitet³⁵. Ohnehin kam die rechtsdogmatische

³⁰ Hierunter werden im Folgenden nicht (allgemeine) Rechtsgeschichtsvorlesungen, aber sehr wohl Veranstaltungen zur Juristischen Zeitgeschichte verstanden, nachdem diese fast zwangsläufig zumindest einen Schwerpunkt auf die (Un-)Rechtsgeschichte in den deutschen Diktaturen des 20. Jahrhundert legen müssen. Die Zahl der angebotenen Veranstaltungen zu Juristischen Zeitgeschichte beläuft sich auf 13 (davon acht Schwerpunktveranstaltungen), die in der obigen Auswertung inkludiert sind. Für die Auswertung wurden die Vorlesungsverzeichnisse von 39 der 42 juristischen Fakultäten Deutschlands ausgewertet, die öffentlich einsehbar waren oder auf Nachfrage via E-Mail ermittelt werden konnten. Eine Auswertung mit dem Fokus auf Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus findet sich bei *Schuch*, ZDRW 2023, 259, 262 ff.

³¹ Von diesen 39 Veranstaltungen widmeten sich lediglich zwei im Kern dem Unrecht der SED-Diktatur. Beide Veranstaltungen wurden in Jena angeboten.

³² Über die Frage, ob die Zurückhaltung der bisher untätigen Fakultäten Ausdruck der Ablehnung der Reform, der Gleichgültigkeit ihr gegenüber, der Unsicherheit mit Blick auf die Umsetzung oder gar der Selbsteinschätzung ist, bereits vor der gesetzgeberischen Anpassung die deutsche Unrechtsvergangenheit prominent in der Lehre abgebildet zu haben, lässt sich nur mutmaßen.

³³ Zu Bedeutung und praktischen Problemen der Nachhaltigkeit der Implementierung siehe auch *Baldus*, RW 2021, 273, 289.

³⁴ Siehe dazu *Safferling*, ZDRW 2019, 62, 72, der argumentiert, dass das „Sprechen über die Abgründe des nationalsozialistischen Unrechtsstaates (...) in jede Vorlesung integriert werden“ müsse.

³⁵ Siehe exemplarisch hierzu *Werle / Vormbaum*, JZ 2021, 1163, 1165 f.

Lehre auch vor der DRiG-Reform an der Thematisierung des deutschen Justizunrechts nicht ganz vorbei, lassen sich doch einige Normen³⁶, Gerichtsentscheidungen³⁷ und dogmatische Figuren³⁸ sonst kaum erklären, geschweige denn verstehen.

Mehr als die für ein Verständnis des Examensstoffs unbedingt notwendigen Kenntnisse über die deutsche Unrechtsvergangenheit wurden und werden in juristischen Vorlesungen aber weiterhin wohl nur in Ausnahmefällen behandelt. Das liegt zum einen daran, dass es zumeist an Zeit, Interesse und/oder Expertise der Lehrenden fehlt³⁹, nicht selten aber auch an Neugier und Interesse der Studierenden, die das Studium überwiegend als mehrjährigen Examensvorbereitungskurs begreifen, für den eine reflexive Auseinandersetzung mit der deutschen Unrechtsvergangenheit (zumindest bislang) keinen unmittelbaren Nutzen verspricht⁴⁰. Zum anderen wird schlicht auch deshalb auf eine intensivere Behandlung des Justizunrechts verzichtet, weil befürchtet wird, ansonsten nicht genug des examensrelevanten Prüfungsstoffs vermitteln zu können⁴¹. Die gesetzgeberisch vorgesehene Implementierungsstrategie stößt vor diesem Hintergrund an kaum überwindbare praktische Grenzen. Entsprechend ist über Alternativen nachzudenken, die die gesetzgeberischen Zielsetzungen der DRiG-Reform auf anderem Wege erreichen. Einzelne Fachbereiche und Fakultäten haben erste Konzepte entwickelt und eingesetzt, wobei vor allem zwei Wege beschriften

³⁶ Beispielhaft zu nennen sind etwa Art. 1 Abs. 1 GG und § 211 StGB.

³⁷ Aus dem Bereich des Verfassungsrechts können hier etwa der Wunsiedel- sowie der Mauerschützen-Beschluss genannt werden.

³⁸ Im Strafrecht sind dies beispielsweise die mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft sowie der übergesetzliche entschuldigende Notstand.

³⁹ Ähnlich *Funke*, NJW 2018, 1930, 1931.

⁴⁰ Sollte das NS- und SED-Unrecht tatsächlich, wie vom Gesetzgeber intendiert, vermehrt zum Prüfungsstoff in der Ersten Juristischen Staatsprüfung werden, könnte sich hieran tatsächlich etwas ändern. Ob dies jedoch geschieht, bleibt schon deswegen zu bezweifeln, weil die von der Reform geförderten Fähigkeiten (wie Widerständigkeit, vgl. oben unter Fn. 13) kaum abgeprüft werden können. Richtigerweise darauf hinweisend, dass die (zu Recht nachdrücklich betonte) Funktion rechts-historischen Wissens nicht darin besteht, ein besserer Rechtsdogmatiker zu werden und dass sich auch „trotz eklatanter rechtshistorischer Wissenslücken hervorragende juristische Staatsexamina absolvieren lassen“ *Koch*, in: *Koch / Kubiciel / Wollenschläger / Wurmnest* (Hrsg.), 50 Jahre Juristische Fakultät Augsburg, 2021, 157, 177 f.

⁴¹ Die Befürchtung, dass unter der Beschäftigung mit der deutschen Unrechtsgeschichte der Kernauftrag der juristischen Ausbildung, nämlich die Vermittlung der Rechtsdogmatik leiden wird, wurde teilweise auch als Argument gegen die DRiG-Reform vorgebracht; so etwa *Baldus*, RW 2021, 273, 289; siehe hierzu auch die Stellungnahme des Deutschen Richterbundes zum Gesetzentwurf zur Änderung des § 5a Deutsches Richterrecht (DRiG) – Implementierung des Themas NS-Unrecht in die juristische Ausbildung.

werden: Während an elf Universitäten in den letzten vier Semestern jeweils zumindest eine eigene Vorlesung oder Vortragsreihe zum NS- und SED-Unrecht veranstaltet oder bereits nachhaltig ins Curriculum integriert wurde⁴², finden sich in den Vorlesungsverzeichnissen von 17 Juristischen Fakultäten einschlägige Seminarangebote⁴³. In Augsburg wird schließlich eine Art Kombinationsansatz verfolgt, der ein Seminar mit einer Vortragsreihe kombiniert.

Im Folgenden werden diese drei Modelle im Einzelnen analysiert und evaluiert. Zu prüfen ist jeweils, ob das Konzept dem gesetzgeberischen Reformziel gerecht wird bzw. werden kann, ob es sicherstellt, dass die Lehrinhalte eine signifikante Zahl von Studierenden erreichen und, ob es der in der Literatur an der Reform geäußerten Kritik effektiv begegnet⁴⁴. Mit anderen Worten: Die Umsetzung von § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG sollte nicht zu Lasten der Grundlagenfächer gehen, die Indoktrinierungsgefahr bannen und im besten Fall eine eingehende individuelle Auseinandersetzung mit der Thematik der Unrechtsvergangenheit ermöglichen⁴⁵.

I. Vorlesungs(reihen)modell

Eine erste Umsetzungsstrategie besteht darin, eine spezifische, zumeist einsemestrige Vorlesung zum Thema der deutschen Unrechtsgeschichte anzubieten, sei es für Studierende in den Anfangssemestern⁴⁶ oder im Hauptstudium. Eine Abwandlung dieses Modells stellt die Organisation einer einschlägigen Vorlesungs- oder Vortragsreihe dar, deren Besuch wiederum fakultativ für die Studierenden ist⁴⁷. Auch wenn Vorlesungen und Vortragsreihen die Aus-

⁴² Etwa die Ringvorlesung „NS-Unrecht und SED-Unrecht“ der Universität Hamburg.

⁴³ Etwa das jährlich stattfindende Grundlagenseminar „Strafverfahren im Nationalsozialismus“ an der Universität Trier. Zudem finden sich in den Vorlesungsverzeichnissen mehrerer juristischer Fakultäten Lektürekurse und Kolloquien. Die Vor- und Nachteile dieser Modelle werden im Weiteren nicht gesondert erörtert, überschneiden sich diese doch zu großen Teilen mit denen von Seminarveranstaltungen.

⁴⁴ Siehe dazu B).

⁴⁵ Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, stimmt die Literatur größtenteils dahingehend überein, dass hierfür eine Beschäftigung mit Originaltexten wichtig bis unerlässlich ist; so etwa *Foljanty*, Anwaltsblatt 2017, 1158, 1162; *Safferling*, ZDRW 2019, 62, 73; *Nettersheim*, NJW 2022, 1075, 1080; *Safferling / Dauner-Lieb*, NJW 2023, 1038, 1044; *Hirsch*, GRZ 2023, 1, 3.

⁴⁶ So etwa *Baldus*, RW 2021, 273, 288 f., der die Thematik in eine (prüfungsbewehrte) Einführungsveranstaltung „Einführung in die Rechtswissenschaften“ integrieren möchte.

⁴⁷ So etwa die Grundkonzeption der Juristischen Fakultät der Universität Hamburg (vgl. <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/straf-r-3/grundlagenscheinunrecht.html>, abgerufen am

einandersetzung mit der Thematik durchaus ermöglichen, haben sie doch den entscheidenden Nachteil, dass an ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach nur wenige Studierende teilnehmen werden. Grund dafür ist, dass in entsprechenden Veranstaltungen weder ein (Pflicht-)Schein noch unmittelbar examensrelevantes Wissen erworben werden können, während sie vonseiten der Studierenden einen nicht unerheblichem Zeiteinsatz erfordern⁴⁸. Zwar stimmt es, dass nicht alle examensrelevanten Veranstaltungen viele Studierende anziehen⁴⁹. Richtig ist aber auch, dass nicht examensrelevante Veranstaltungen faktisch nie von mehr als einer kleinen Minderheit der Studierenden belegt werden.

II. Seminarmodell

Um das Ziel der Reform zu erreichen, bedarf es nach übereinstimmender Einschätzung nicht nur einer oberflächlichen, sondern eingehender Beschäftigung mit dem NS- und SED-Unrecht⁵⁰. So müssen sich Studierende etwa mit Rechtsnormen, Rechtsdogmatik und Rechtswissenschaft der Zeit vertraut machen, um mögliche Gefährdungen durch Rechtssetzung und -auslegung erkennen zu lernen. Für die geforderte reflexive und intensive Auseinandersetzung bietet sich das Seminar als Veranstaltungsformat in besonderem Maße an⁵¹, eröffnet es den Studierenden doch die im Studium sonst kaum gegebene Möglichkeit, sich vertieft mit einem Thema auseinanderzusetzen⁵². Die Verortung der Thematik im Rahmen von Seminaren überzeugt auch deshalb, weil auf diese Weise Grundlagenfächer nicht verdrängt, sondern ergänzt und dogmatische Pflichtvorlesungen nicht überladen, sondern flankiert werden. Erneut stellt sich allerdings das Problem, dass durch die Verortung der Thematik in einem bzw. einzelnen Seminaren nur sehr wenige Studierende erreicht werden⁵³. Zwar besteht, anders als bei der (fakultativen) Vorlesung, aufgrund der

Aussicht einen „Schein“ zu erwerben eine größere Chance als beim Vorlesungsmodell, dass sich nicht nur die besonders interessierten und leistungsstarken Studierenden von dem Konzept angesprochen fühlen. Quantitativ gesehen ist der Teilnehmendenkreis in einem Seminar jedoch von vornherein auf etwa 25 Studierende beschränkt. Auf diese Weise kann das Reformziel nicht erreicht werden, nach dem sich grundsätzlich alle Studierenden mit der deutschen Unrechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen sollen.

III. Das Kombinationsmodell: Die Seminar-Vortragsreihen-Kombination

Ein drittes, an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg erprobtes „Modell“ versucht die Vorzüge der beiden vorstehenden Konzepte zu vereinen und deren jeweilige Nachteile zu vermeiden, indem ein propädeutisches Seminar an eine fachsäulenübergreifende und drei Vorträge umfassende⁵⁴ Vortragsreihe gekoppelt wird⁵⁵.

Durch die Vortragsreihe wird ein Angebot für sämtliche Studierenden der Fakultät und darüber hinaus geschaffen, das die Thematik des deutschen Diktaturunrechts im besten Fall zu einem allgemeinen Diskussionsthema an der jeweiligen universitären Einrichtung macht. Dadurch dass die Veranstaltung jährlich stattfindet und sie wegen wechselnder Referenten⁵⁶ und Vortragsthemen jeweils andere Facetten des Generalthemas beleuchtet, haben alle Fakultätsangehörigen die Möglichkeit, jährlich neue Perspektiven auf das NS- und SED-Unrecht zu gewinnen und sich mit der Thematik eingehend auseinanderzusetzen. Auch wohnt diesem Konzept eine gewisse Niederschwelligkeit inne, da es Studierenden (sowie den sonstigen Angehörigen der Fakultät) ermöglicht, sich den Vortrag ihres Interesses anzuhören, ohne gleich eine wöchentliche Vorlesung besuchen zu müssen. Dies mindert die Hemmschwelle, ein solches Format zu besuchen, und erhöht wiederum die potenzielle Reichweite der Veranstaltung, die natürlich

13.12.2023), die damit versucht, verschiedene Perspektiven auf die Thematik zu bündeln.

⁴⁸ Zur Notwendigkeit der Abbildung der Reflexion des NS-Unrechts in der Prüfungsrealität *Hirsch*, GRZ 2023, 1, 8.

⁴⁹ Vgl. hierzu *Baldus*, RW 2021, 273, 287.

⁵⁰ Siehe statt vieler *Nettersheim*, NJW 2022, 1075, 1080; *Novid*, ZDRW 2022, 279, 288; *Safferling / Dauner-Lieb*, NJW 2023, 1038, 1044.

⁵¹ Vgl. *Kiehnle / Klinck*, ZDRW 2019, 114, 115 f. als Vorreiter dieses Modells. Für den Rahmen Seminar als geeignete Veranstaltung zur Vermittlung des deutschen Justizunrechts auch *Heintzen*, in: *Nettersheim / Kiesel* (Hrsg.), Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit, 2021, 275, 288 f.

⁵² Siehe hierzu *Wolff / Zimmermann*, ZDRW 2022, 316, 317 f.

⁵³ Zwar wäre es einer juristischen Fakultät unbenommen, so viele Seminare zu diesem Thema anzubieten, dass alle Studierenden einen Platz ergattern können. Realistisch ist ein solches Szenario freilich nicht.

⁵⁴ Für die im Sommersemester 2023 an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg durchgeführte fachsäulenübergreifende Vortragsreihe zum Generalthema „Nationalsozialistisches Recht – Rechtspolitik, Rechtsdogmatik, Rechtswissenschaft“ waren dies Prof. Dr. Horst Dreier („Vom Schwinden des Rechts“), Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Rückert („Privatrecht und Privatunrecht“) und Prof. Dr. Dr. Milan Kuhlí („Von der Relativierung des nulla-poena-Prinzips“).

⁵⁵ Ebenfalls eine Art Kombinationsmodell, jedoch bestehend aus regelmäßigem Lektürekurs und Aufsatzprojekt skizziert *Hirsch*, GRZ 2023, 1, 4.

⁵⁶ Die Vortragenden stammen zumeist aus der Rechtswissenschaft, können aber – je nach Thema – etwa auch Historiker, Philosophen oder Politikwissenschaftler sein.

auch von effektiver Bewerbung sowie von interessanten Referenten und Vortragsthemen abhängig ist.

Die Seminarkomponente des Modells eröffnet für bis zu 25 Studierende eine Vertiefungsmöglichkeit der Vortragsreihe und weist all diejenigen Vorteile auf, die bereits für das (reine) Seminarmodell ins Feld geführt worden sind. Darüber hinaus werden die Seminarteilnehmenden nicht nur, wie für propädeutische Seminare üblich, allgemein mit dem wissenschaftlichen Schreiben vertraut gemacht, sondern auch in den rechtswissenschaftlichen Diskurs einbezogen. Konkret wird ihnen nahegelegt, in den Seminararbeiten an einen der drei Vorträge bzw. dessen Thesen in ihrer schriftlichen Ausarbeitung anzuknüpfen und dazu begründet Stellung zu beziehen. Alternativ können die Studierenden selbstverständlich auch aus vorgegebenen Themen auswählen und diese eigenständig konkretisieren. Zusätzlich sind die Teilnehmenden dazu angehalten, sich an den Diskussionen, die sich jeweils an die Vorträge anschließen, mit Fragen und Diskussionsbeiträgen aktiv zu beteiligen. Auf diese Weise wird die eigenständige und kritische Auseinandersetzung mit der Thematik weiter gefördert und jeglicher Indoktrinierungsfahr von vornherein entgegengewirkt.

D) Fazit: Es gibt noch viel zu tun!

Auch wenn einige Fakultäten zwei Jahre nach der DRiG-Reform bereits Veranstaltungen zur deutschen Unrechtsvergangenheit in ihre Lehrpläne integriert haben, fehlt es überwiegend noch an einer gehaltvollen und nachhaltigen Umsetzung von § 5a Abs. 2 S. 3 Hs. 2 DRiG in die rechtswissenschaftliche Lehre⁵⁷.

⁵⁷ Vergleicht man das Sommersemester 2022 (elf einschlägige Veranstaltungen) und das Wintersemester 2022/2023 (sechs einschlägige

Ein Grund für die zurückhaltende Implementierung der Gesetzesnovelle besteht darin, dass die neuen gesetzlichen Vorgaben, so wie vom Gesetzgeber beabsichtigt, kaum umsetzbar sind. Allerdings gibt es mehrere (andere) Möglichkeiten, den Grundgedanken des Reformanliegens effektiv in die juristische Lehre zu integrieren. Besonders vielversprechend erscheint der hier vorgestellte zweispurige Ansatz, bestehend aus Vortragsreihe und damit verknüpftem Seminar.

Nun ist es an den juristischen Fachbereichen und Fakultäten, ihr Lehrangebot zu überdenken, das für sie passende Veranstaltungsformat auszuwählen und dieses insbesondere nachhaltig in den Lehrplan zu integrieren. Dazu sind sie nicht nur gesetzlich verpflichtet. Vielmehr ist eine Auseinandersetzung mit der deutschen Unrechtsvergangenheit für angehende Juristen von großer Bedeutung, nicht zuletzt in Zeiten wie diesen, in denen der demokratische Verfassungsstaat des Grundgesetzes nicht mehr selbstverständlich erscheint. Diese Auseinandersetzung zu ermöglichen und auf diese Weise zur Resilienz des demokratischen Verfassungsstaates des Grundgesetzes beizutragen⁵⁸, ist ganz unabhängig von gesetzlichen Vorgaben ureigene Aufgabe rechtswissenschaftlicher Ausbildungseinrichtungen⁵⁹.

Veranstaltungen) mit dem Sommersemester 2023 (14 einschlägige Veranstaltungen) und dem Wintersemester 2023/2024 (zehn einschlägige Veranstaltungen) lässt sich hier zumindest ein zaghaft positiver Trend feststellen; so i. Erg. auch *Schuch*, ZDRW 2023, 259, 265.

⁵⁸ Damit ist nicht gesagt, dass aus der deutschen Unrechtsgeschichte ohne Weiteres „Lehren“ für die Gegenwart abgeleitet werden können; siehe zur komplexen theoretischen Struktur des Lernens aus der Vergangenheit *Wolff*, JöR 69 (2021), 117 (130 f.).

⁵⁹ Die Bedeutung der juristischen Ausbildung für die Gesundheit des Rechtsstaats betont *Harbarth*, FAZ Einspruch v. 26.1.2022. Zur Bedeutung einer qualitativ hochwertigen juristischen Ausbildung für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie siehe auch *Voßkuhle*, RW 2010, 326, 342.